

Sehr geehrte Frau Wichern,

vielen Dank für Ihre Mail und Ihre eingehende Situationsbeschreibung aus der Jugendhilfe. Als Lehrerin kann ich Ihre Sorgen gut nachvollziehen. Insbesondere in den sozialen Berufen, so z.B. auch in der Pflege, ist der Mangel an Fachkräften bereits seit Jahren deutlich spürbar. Gleichzeitig schrecken eine hohe Arbeitsbelastung, ungünstige Arbeitsbedingungen und unterdurchschnittliche Bezahlung viele junge Menschen ab. Bei der Ausbildung von Erzieher*innen kommt die fehlende Ausbildungsvergütung erschwerend hinzu.

Ich stimme Ihnen zu, dass eine fundierte Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gute Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist. In unserem Koalitionsvertrag haben wir uns deshalb gemeinsam mit der SPD auf verschiedene Maßnahmen verständigt, um Erzieher*innen für die Kinderbetreuung und die Jugendhilfe zu gewinnen. Mit einem „Niedersachsen-Plan 2.0“ wollen die bisherigen Maßnahmen zur Steigerung der Ausbildungszahlen und zur Erleichterung des Quereinstiegs konsequent weitergehen und bspw. weitere Ausbildungsschulen gründen. Bürokratische Hürden beim Quereinstieg wollen wir abbauen. Mit einer breit angelegten Informationskampagne wollen wir zudem für die sozialpädagogischen Berufe werben und die berufliche Orientierung an allgemeinbildenden Schulen intensivieren. Außerdem wollen wir gezielt Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigen. Wir begrüßen außerdem die Ankündigung des Bundes, Vergütungsmodelle für vollzeitschulische Ausbildungsgänge zu entwickeln. Das alles sind aus meiner Sicht wichtige Schritte, um neue Fachkräfte zu gewinnen. Realistischerweise werden die Maßnahmen aber erst in einigen Jahren greifen und zu einer spürbaren Entlastung führen.

Was Inflation und Energiepreissteigerungen angeht, haben wir bereits mit dem Nachtragshaushalt reagiert und rund 30 Mio. Euro für Einrichtungen der sozialen Infrastruktur zur Verfügung gestellt, die vom Land gefördert werden. Davon profitiert auch die Jugendhilfe.

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind in der Pandemie nicht ausreichend berücksichtigt worden – das haben auch wir immer wieder kritisiert und angemessene Mitwirkungsmöglichkeiten an politischen Prozessen eingefordert. Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Sensibilität für die Belange von Kindern und Jugendlichen deutlich gestiegen. Wir richten unseren Fokus deshalb nun darauf, Kinder und Jugendliche bestmöglich bei der Bewältigung der Pandemie-Folgen zu unterstützen und ihre Interessen stärker in die politische Arbeit einzubinden.

Die Herausforderungen bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen sind nicht nur aufgrund von Pandemie und Ukraine-Krieg sehr hoch, sondern auch, weil in den letzten Jahren nicht entschlossen genug für gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung unternommen wurde. Das werden wir leider nicht von heute auf morgen aufholen können. Seien Sie jedoch versichert, dass das Thema für uns höchste Priorität hat.

Mit freundlichen Grüßen

Schendel
Swantje Schendel, MdL